



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

40. Sitzung (öffentlich)

4. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1 | Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes Nordrhein-Westfalen und Bewertung der durchgeführten Verfahren | 5 |
| | Bericht des Mittelstandsbeirats
Vorlage 17/2296 | |
| 2 | Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können | 17 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3811
Ausschussprotokoll 17/539 | |
| | <u>und</u> | |

1 Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes Nordrhein-Westfalen und Bewertung der durchgeführten Verfahren

Bericht des Mittelstandsbeirats
Vorlage 17/2296

Vorsitzender Georg Fortmeier: Ich will an dieser Stelle ganz besonders herzlich den Vorsitzenden des Mittelstandsbeirats, Herrn Arndt Kirchhoff, sowie die Geschäftsführerin der Clearingstelle, Frau Sabine Jahn, in unserer Runde herzlich willkommen heißen.

(Allgemeiner Beifall)

Gemäß § 9 des Mittelstandsförderungsgesetzes wird die Wirksamkeit der Verfahren nach § 6 sowie die Gestaltung und Umsetzung der Arbeitsprogramme Mittelstand nach § 8 einmal jährlich durch den Mittelstandsbeirat der Landesregierung bewertet. Der Beirat berichtet dem zuständigen Landtagsausschuss über das Ergebnis seiner Bewertung. Das sind wir.

Mit Vorlage 17/2296 haben Sie den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018 in schriftlicher Form erhalten. Natürlich ist es geboten, dass uns ergänzend dazu der Vorsitzende, Herr Kirchhoff, noch mal mündlich informiert. Wir haben verabredet, dass dies ungefähr zehn Minuten dauern wird. Anschließend wird der Minister noch ein bisschen aus Sicht der Landesregierung erläutern. Danach haben wir die Aussprache dazu. Mit den Obleuten ist vereinbart, für diesen Tagesordnungspunkt maximal eine Stunde zu nutzen. Vielleicht geht es auch schneller. Herr Kirchhoff, Sie haben das Wort.

Arndt Kirchhoff (Mittelstandsbeirat): Herr Vorsitzender Fortmeier, Minister Pinkwart, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie uns eingeladen haben, um dem Landtag, um der Politik in Nordrhein-Westfalen zu berichten. Mit „uns“ meine ich Frau Jahn als Leiterin der Clearingstelle und mich als Vorsitzendem des Mittelstandsbeirats.

Ich möchte betonen, unsere Aufgabenstellung ist nicht so, dass wir in irgendeiner Form in Konkurrenz zu Ihnen arbeiten. Wir sind lediglich da, um Sie zu unterstützen und um Sie mit Blick auf Ihre Entscheidungen zu beraten. Wir versuchen, den Sachverstand der einzelnen Gruppen wie Gewerkschaften, Verbänden, Kammern, Handwerk und freien Berufen so zu kombinieren und, wenn es geht, auch zu einem Kompromiss zu führen, dass Sie für Ihre Beratungen unsere Meinung wiederfinden, die im Einzelfall nicht nur im Internet nachzulesen ist, sondern die Sie auch in den einzelnen Clearingverfahren mit dem entsprechenden Tätigkeitsbericht, der Ihnen zugegangen ist, jährlich erhalten.

Wir sind nur zu Ihrer Beratung da. Die Aufgabenstellung ist völlig klar. Wir wollen überhaupt keine Entscheidung treffen, sondern geben Ihnen unseren Rat, damit Sie wissen, wie wir denken, damit Sie Ihr Mandat im Landtag entsprechend wahrnehmen können.

Ich möchte auch daran erinnern, die Clearingstelle ist nicht als Spielball politischer Auseinandersetzungen geeignet. Wir sind ohne Rücksicht auf Parteien tätig. Wir sind auch nicht von dieser Landesregierung, sondern von der letzten, der rot-grünen Landesregierung gegründet worden. Sie hat das Mittelstandsförderungsgesetz auf den Weg gebracht. Es ist dann von Ministerpräsident Laschet in dieser Legislaturperiode noch mal besonders gewürdigt worden. Die Bedeutung ist herausgehoben worden. Wir wollen das weiterentwickeln. Auch die jetzige Landesregierung hat natürlich ihre politischen Ziele.

Ich kann Ihnen berichten, die Zusammenarbeit mit der Organisation, mit der Clearingstelle, an der Spitze Frau Jahn, die Ihnen auch für Fragen zur Verfügung steht, ist sehr gut. Das ist nicht immer selbstverständlich. Wir haben natürlich auch Interessensgegensätze. Arbeitgeber und Gewerkschaften sind manchmal natürliche Gegner. Das ist auch zur Wahrnehmung der Interessen in einer Demokratie richtig. Aber wir pflegen einen außerordentlich konstruktiven Umgang bei Berücksichtigung der Interessensunterschiede. Insofern sehen Sie es positiv, wenn wir unsere Aussagen für Sie bündeln und diese gern noch mal für Ihre Entscheidungen erläutern.

Dass auf der Internetseite auch für die Bevölkerung alles transparent ist, sagte ich schon.

Aus dem Bericht ersehen Sie, dass wir insgesamt 17 Clearingverfahren und zehn Mittelstandsrelevanzprüfungen durchgeführt haben. Das ist wieder eine hohe Zahl. Die Arbeit setzt sich wie in den Vorjahren fort. Sieben Ministerien waren beteiligt. Das geht breit über die Ressorts der Landesregierung, kommt also nicht nur aus einer Ecke, sondern aus vielen Ecken. Es sind auch nicht nur Landesvorhaben. Von den 17 Verfahren waren nur sechs Landesvorhaben, elf waren Bundes- und EU-Vorhaben. Wir legen natürlich wie die Landesregierung großen Wert darauf, dass wir die Bedeutung von Nordrhein-Westfalen auch in Berlin und Brüssel hervorheben. Wir sind nicht nur das größte Bundesland; wir sind auch das größte Industrieland und wollen das auch bleiben; denn da sind unsere Arbeitsplätze. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Sie kennen das. Wir sind in Europa Nummer sechs und in der Welt Nummer 19. Wir sollten also durchaus unsere Stimme in der Politik und in Brüssel erheben.

Zu Details aus dem Bericht kann Ihnen Frau Jahn mehr sagen, sofern Sie dazu Fragen haben.

Sie haben durch den Wirtschaftsminister eine Evaluierung des Mittelstandsförderungsgesetzes angestoßen. Wir müssen immer darauf achten, nicht aus der Zeit zu fallen. Die neue Landesregierung hat das mit dem Mittelstandsbeirat beraten. Wir haben einige Ansatzpunkte gefunden, bei denen es wünschenswert wäre, eine noch stärkere Verbindlichkeit für den Mittelstand – –

Mittelstand ist ein wesentlicher Teil des Systems Deutschlands. Sie wissen, 99,5 % der Unternehmen sind nach Definition sogenannte Mittelständler. Es gibt auch noch Mittelständler oder Familienunternehmen, die aus der Definition rausfallen, wie es zum Beispiel bei meinem Unternehmen der Fall ist. Wenn Sie diese Unternehmen dazu nehmen, weil sie genauso ticken und einen nachhaltigen Ansatz mit entsprechendem

Arbeitsplatzaufbau selbst in schwierigen Zeiten verfolgen, kommen Sie auf über 99,9 %. Fast alle Unternehmen, bis auf die wenigen, die im DAX notiert sind, sind klassischerweise Mittelständler. Deswegen würde es uns natürlich freuen, wenn diese mittelstandsrelevanten Vorhaben entsprechend von Ihnen in der Politik gewürdigt würden. Dazu muss man das natürlich immer wieder bekannt machen. Deswegen danke ich, dass wir das bei Ihnen wieder tun dürfen.

Wichtig ist, dass wir frühzeitig eingebunden werden, damit Frau Jahn und ihr Team eine Chance haben. Oft – aber das kennen Sie aus dem politischen Geschäft – ist es so knapp, dass es schwierig wird, eine qualifizierte Stellungnahme abzugeben. Das möchten wir aber gern. Es gebietet allein der Respekt, dass Sie von uns qualifizierte Arbeit erwarten.

Das erspart viel Arbeit und nimmt auch viel Bürokratie raus: Die Clearingverfahren ersparen es, dass Sie Verbändeanhörungen machen müssen. Das ist eigentlich nicht nötig. Das ist doppelte Arbeit. Wir haben die Verbände alle bei uns. Das heißt, wir versuchen schon, das vorzuklären. Natürlich können Sie mit jedem einzelnen Verband sprechen und sich die einzelnen Meinungen noch mal abholen. Aber das, was Sie letztlich bekommen und in unseren Berichten wiederfinden, ist schon Common Sense. Da sind die Ecken im Grunde genommen schon abgeschliffen.

Ich weiß nicht, wie weit das im Moment aktuell ist, aber weil es im Koalitionsvertrag steht, will ich die Frage eines Normenkontrollrates erwähnen. Das ist ja ein Begriff, der in Berlin verwendet wird. Herr Dr. Ludwig ist der Vorsitzende des Normenkontrollrats. Dem Begriff kann man nicht unbedingt sofort entnehmen, dass es sich dabei um Maßnahmen zur Entbürokratisierung handeln soll. Das steht im Koalitionsvertrag. Ich will nur darauf hinweisen.

Wenn Sie uns fragen, müssen Sie den nicht unbedingt einrichten, weil die Clearingstelle das mit möglichst wenig Bürokratie versucht. Es ist nur ein anderer Name. Sie versucht, die bürokratischen Fallen in den Gesetzesinitiativen zu entdecken, hervorzuheben und dann zu hinterfragen, ob es wirklich so gewollt ist, dass wir noch drei Extraschleifen fliegen müssen. Ich bitte nur, das zu bedenken. Das Wirtschaftsministerium wird sicherlich zum rechten Zeitpunkt darüber informieren. Brauchen wir zusätzlich einen Normenkontrollrat, wie er im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, oder können wir auf die Doppelstruktur wegen der Überschneidung verzichten? Es ist aber nicht an uns, das zu beurteilen.

Der Minister ist der Verantwortliche in Ihrem Hause. Deswegen will ich es bei diesen Ausführungen belassen. Ich möchte nur noch danken, natürlich dem Wirtschaftsministerium und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium, aber auch dem Team der Clearingstelle, allen beteiligten Organisationen und Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, für Ihre Aufmerksamkeit. Wir sind jederzeit für Sie ansprechbar und nicht nur einmal im Jahr im Landtag. Nutzen Sie das. Es gibt Telefone, es gibt E-Mails. Wir sollten bitte immer im Gespräch bleiben. Das ist unsere Aufgabe.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Kirchhoff, auch für Ihren letzten Satz. Im Gespräch zu bleiben ist wichtig.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, lieber Herr Kirchhoff, Frau Jahn! Ich möchte im Namen der Landesregierung Danke sagen für den diesjährigen Bericht und für die von der Clearingstelle geleistete Arbeit. Der Bericht zeigt sehr umfassend, wie wichtig es ist, dass wir die Clearingstelle haben und eine Landesregierung ihre gesetzgeberischen Initiativen, soweit sie den Mittelstand berühren, einem besonderen Check unterzieht.

Wir haben die Evaluierung durchgeführt. Das hat Herr Kirchhoff angesprochen. Wir haben auch Anregungen bekommen, wie wir die Arbeit noch weiter verbessern können. Manche dieser Anregungen decken sich inhaltlich mit der in der Koalitionsvereinbarung genannten Normenkontrollratsinitiative, die ja nichts anderes besagt als dass wir uns nicht nur mit neuen Gesetzgebungsverfahren beschäftigen müssten, um als Staat den Bürgern und Unternehmen noch unkomplizierter gegenüberzutreten. Manche vorhandene Gesetzgebung oder Verordnung ist vielleicht auch geeignet, noch mal angepackt zu werden. Das machen wir in den letzten Jahren sehr stark im Rahmen der Entfesselungsinitiative. Aber das ist ein Stück weit auch eine Daueraufgabe. Sie berührt nicht nur die Landesregelungen, sondern auch übergeordnete Regelungen, die wir über Bundesrat und über andere Ebenen natürlich mit ansprechen können.

Es ist unser Anliegen, so schlank wie möglich zu bleiben, also keine Doppelstrukturen vorzuschlagen. Das hatte ich hier auch im Ausschuss angedeutet, und im Plenum haben wir wiederholt dazu sprechen können. Wir versuchen, die vorhandenen Strukturen noch wirksamer werden zu lassen. In diese Richtung würden wir gerne arbeiten wollen. Das habe ich im Mittelstandsbeirat vor einigen Tagen vortragen können.

Ich denke, dann können wir die Ziele gemeinsam noch ambitionierter gestalten und die Arbeit nach vorn effizienter gestalten.

Ich habe angedeutet, wir müssen manches Mal schnell handeln. Dann ist die Beteiligung zeitlich natürlich eingeschränkt. Aber wichtig ist uns für die Landesregierung insgesamt – das sagt die Evaluierung und das habe ich dem Mittelstandsbeirat auch dargelegt –, zu versuchen, der Clearingstelle bei mittelstandsrelevanten Initiativen vor Einleitung des Verbändeanhörungsverfahrens ein Mitwirkungsrecht zu ermöglichen. Das vereinfacht die Anhörung, weil man sofort Gedanken aufgreifen und Dinge mit einbeziehen kann.

Ich würde sogar die Idee äußern wollen, dass wir eine Art Reallabore während der Gesetzgebung machen und manche Verordnung wirklich mit der Praxis, mit den Betroffenen, diskutieren. Ich glaube, dann kommen wir zu besseren Regelungen als wenn wir sie erst mal abstrakt formulieren. Manchmal findet man natürlich bei abstrakten Formulierungen schon erste Hinweise darauf, dass es sich in der Praxis schwieriger umsetzen lässt. Aber so, wie wir es jetzt mit der Bundesregierung und den anderen Ländern beim Onlinezugangsgesetz, bei der Digitalisierung machen, indem wir auch Labore machen und Praktiker einbeziehen, könnte ich mir das sehr gut vorstellen. Da

könnte die Clearingstelle – bezogen auf den Mittelstand – für uns der Resonanzboden sein, inwieweit abstrakt entwickelte Regelungen von der Praxis in Bezug auf die Umsetzung einschätzt werden. Wir würden diese Gedanken gern in eine Novelle des Mittelstandsförderungsgesetz im Rahmen einer der nächsten Entfesselungspakete einbeziehen und Ihnen entsprechende Vorschläge machen.

Ich möchte heute insbesondere den Bericht zum Anlass nehmen, mich bei Ihnen, Herr Kirchhoff und Frau Jahn, und bei Ihren Kolleginnen und Kollegen im Mittelstandsbeirat und der Clearingstelle für die vielen Anregungen zu bedanken. Ich möchte auch noch mal darauf aufmerksam machen, dass Sie die Clearingverfahren mit sehr vielen Resorts durchgeführt haben. Das ist noch mal ein ganz toller Punkt. Die Mittelstandsrelevanz wurde nicht nur in Bezug auf das Wirtschaftsministerium und unsere Aufgaben festgestellt, sondern auch in anderen Häusern, sodass Sie sich vielfach haben einbringen können.

Im Mittelstandsbeirat sind die Sozialpartner, die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern vertreten. Das ist für uns eine ganz wichtige Unterstützung unserer Arbeit, die Sie hier leisten. Dafür möchte ich mich für die Landesregierung noch mal herzlich bedanken.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Minister. Den von Ihnen ausgesprochenen Dank wird der Ausschuss gleich auch noch mal artikulieren. Aber ich tue das an dieser Stelle als Vorsitzender natürlich auch. Vielen Dank für die Arbeit bei Ihnen in der Clearingstelle. – Die Aussprache ist eröffnet. Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Auch ich möchte als Erstes den Dank für die FDP-Fraktion an Sie, Frau Jahn, stellvertretend für die Clearingstelle, aber natürlich auch an Sie, Herr Kirchhoff, für den Mittelstandsbeirat äußern. Das gilt auch für die ehrenamtliche Arbeit. Ich denke, es ist wichtig, auch mal zu betonen, dass viele Mitglieder ihre freie Zeit ehrenamtlich zur Verfügung stellen, um unser Land ein Stück besser zu machen. So möchte ich es mal formulieren.

Ich finde es sehr gut, dass die Clearingstelle mittlerweile stärker angenommen wird. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Die Ministerien mussten Sie ansprechen. Einige Häuser haben das in der Vergangenheit nicht unbedingt getan, wenn es unangenehm hätte werden können. Deshalb finde ich es gut, wenn die Ministerien heute auf freiwilliger Basis auf Sie zukommen und Ihren Rat einbinden.

Ich möchte den Blick gern nach vorn richten und weniger auf die einzelnen Fälle eingehen, sondern den Punkt der Weiterentwicklung aufgreifen. Ich bitte das Ministerium, uns die Evaluierung zur Verfügung zu stellen, wenn sie abgeschlossen wurde. Das ist bisher noch nicht der Fall gewesen.

Der Ausschuss in Gänze hat die Arbeit immer positiv über die Fraktionsgrenzen hinweg begleitet. Wir würden sehr gern sehen, welche konkreten Maßnahmen vorgeschlagen wurden.

Minister Pinkwart hat ja schon erwähnt, dass der Normenkontrollrat im Koalitionsvertrag angesprochen wurde. Ich glaube, es ist nicht im Interesse der Koalitionsfraktionen,

hier etwas Neues und Paralleles aufzubauen. Die Frage ist, wie wir die Clearingstelle und den Mittelstandsbeirat fortentwickeln können. Ob der Name bleibt oder wechselt, ist sekundär. Wichtig sind die Aufgaben, die Sie dort wahrnehmen können. Deshalb möchte ich Sie eines fragen. Der Minister hat es schon angesprochen, Herr Kirchhoff: Wie bewerten Sie es, zu bestehenden Gesetzen Stellung zu nehmen? Wie bewerten Sie insbesondere, dass wir das Verfahren insofern ändern wollen, dass es Ihrerseits ein Initiativrecht gibt, sodass die Ministerien nicht mehr auf Sie zukommen, sondern Sie letzten Endes auf alle Verfahren zugreifen könnten, soweit aus Ihrer Sicht Mittelstandsrelevanz besteht? Wie bewerten Sie eine solche Veränderung?

Wibke Brems (GRÜNE): Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Ausführungen. Ich möchte gern zwei Aspekte ansprechen, wobei diese vor allem an den Minister gehen. Es waren doch einige Punkte dabei, die bei mir eher Fragen hervorgerufen haben.

Herr Kirchhoff, Sie haben eben selbst gesagt, dass Sie im Grunde genommen keine Abweichungen zwischen Ihren Stellungnahmen und den Stellungnahmen der betroffenen Wirtschaftsverbände und Kammern sehen. Dann haben Sie, Herr Pinkwart, eben davon geredet, dass man keine Doppelstrukturen wolle, man vielleicht erst die Clearingstelle anhören will, bevor man eine Verbändeanhörung macht. Sehen Sie dann in Zukunft eine Verbändeanhörung für überflüssig an? Wo sehen Sie wirklich einen Mehrwert? Wo ist wirklich der Unterschied? Was ist das, was Sie an der Stelle wollen?

Sie sind immer dafür, Verfahren zu verschlanken. Aber das ist für mich noch ein bisschen zu nebulös. Stellen Sie noch mal genauer dar, wie Sie den Unterschied zu den entsprechenden Verbänden und Kammern sehen.

Der zweite Aspekt ist die Frage, inwiefern sich die Landesregierung den Voten und Stellungnahmen der Clearingstelle zu Bundes- und EU-Vorhaben regelmäßig angeschlossen hat. Gab es da Unterschiede? Ich weiß nicht, wer von Ihnen beiden am ehesten darauf reagieren kann. In welchen Fällen und aus welchem Grund gab es vielleicht auch Unterschiede?

Frank Sundermann (SPD): Ich möchte meine Wortmeldung auch damit beginnen, mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Kirchhoff und Frau Jahn, aber auch bei all Ihren Mitstreitern sowohl in der Geschäftsstelle als auch im Rat, bei den Sozialpartnern und Kommunen bedanken, die uns in unserer Arbeit unterstützen und dazu führen, dass die Ergebnisse unserer Beratungen besser werden. Insofern auch von meiner Fraktion hierfür unseren Dank.

Ich würde gern einige Dinge aufnehmen und diskutieren wollen, die hier angerissen worden sind. Das eine ist das Initiativrecht. Darüber haben wir im Ausschuss und auch im Plenum schon mal diskutiert. Man muss schauen, wie das ausgestaltet wird. Eine gewisse grundkritische Haltung in meiner Fraktion kann ich da durchaus feststellen. Man muss wirklich sehen, wie das ist. Sie haben am Anfang ja gesagt, Sie wollen nicht unsere Arbeit machen. Das sollen, dürfen und können Sie auch nicht. Insofern muss man da schon ein wenig schauen, wie man das organisiert.

Ich will mich jetzt nicht sofort an diesem Begriff „Initiativrecht“ aufhängen, aber man wird da schon mal ein Stück weit darauf schauen müssen. Eine zweite Sache hatten Sie auch angesprochen. Das ist die Frage der Doppelstrukturen. Ich gehe mit dem Kollegen Brockes konform. Wenn da wieder ein anderes Label draufgeklebt wird, wie wir es in den letzten zwei Jahren hier erleben, kann ich das hinnehmen. Das ist in Ordnung. Wenn das demnächst Normenkontrollrat oder wie auch immer heißt, kann ich damit leben. Dafür bin ich pragmatisch genug. Aber der Aufgabeninhalt sollte schon deckungsgleich sein. Es sollten keine Parallelstrukturen aufgebaut werden. Damit würden wir durchaus auch mal in die Schlagzeilen kommen, wenn wir zum Bürokratieabbau Parallelstrukturen einführen würden. Das wäre sicherlich nicht die intelligenteste Lösung, die dann aus diesem Haus gekommen ist.

Die Kollegin Brems hatte die Frage angesprochen, ob man dann noch Verbändeanhörungen braucht. Das ist eine Grundstimmung, die bei Gesetzesvorhaben und Genehmigungsverfahren mitschwingt, die ich durchaus als ungeduldiger Mensch manchmal teile. Das ist immer die Frage nach Geschwindigkeit. Die Dinge sollen immer sehr schnell sein. Das ist richtig. Aber genauso gut müssen sie natürlich gründlich und auch genau sein. Sie müssen hier in aller Breite diskutiert werden, damit sie eine nachhaltige Akzeptanz haben. Insofern halte ich auch die Evaluierung bestehender Gesetze für sehr wichtig. Das haben wir hier schon mal diskutiert. Hier sind schon mal Gesetze mit einem Auslaufdatum, mit festen Evaluierungspunkten versehen worden.

Herr Kirchhoff, da erfahre ich durchaus auch aus Ihrem Unternehmenskreis Aussagen wie: Wenn ich weiß, ein solches Gesetz gilt immer nur für fünf Jahre und es wird immer wieder evaluiert, fehlt mir im Prinzip das, was ich wirklich brauche, nämlich feste Rahmenbedingungen. – Auch in diesem Spannungsfeld muss man diese Diskussion ein Stück weit führen. Da schwingt eine Grundwahrnehmung mit, dass wir zu viele Gesetze in diesem Land haben. Diese Grundwahrnehmung teile ich persönlich sehr, würde aber den pragmatischen Vorschlag machen, den Ihr Vorgänger im Amt, Herr Duin, hier auch häufiger vorgetragen hat, Herr Pinkwart: Es gibt im Angelsächsischen diese One-in-one-out-Regel. Wenn man sich daran orientieren würde, wäre das wahrscheinlich pragmatisch und man hätte relativ viel gewonnen.

Das von unserer Seite die Anmerkung für die Prozesse, die hier aufgesetzt worden sind. Im Koalitionsvertrag und im Bericht zur Clearingstelle steht, dass Sie da drangehen und unter Umständen den Tätigkeitsbereich erweitern wollen. Darüber werden wir diskutieren müssen. Aber, da stimme ich dem Kollegen Brockes zu, ich würde das gern so machen, wie wir hier immer über diese Gesetze diskutiert haben, nämlich in einem breiten Konsens. Ich möchte an dieser Stelle noch mal daran erinnern, dass das Gesetz ein rot-grünes Gesetz ist.

Oliver Kehrl (CDU): Sehr geehrte Frau Jahn, sehr geehrter Herr Kirchhoff, Sie sagten gerade: Ihre Unterstützung ist uns sehr willkommen. – Das ist für uns eine große Hilfe im Parlament. Es geht um Gesetzgebungsvorhaben, aber, wie eben schon angesprochen worden ist, auch um die Evaluierung von bestehenden Gesetzen.

Erlauben Sie mir ein, zwei grundsätzliche Bemerkungen. Wir haben über die Stärke gesprochen. Die Kulisse der nordrhein-westfälischen Volkswirtschaft ist tatsächlich der

Mittelstand. Wenn wir Talkshows hören, hören wir etwas von Superreichen und von Konzernen. Aber die Realität in Nordrhein-Westfalen sieht eben komplett anders aus. Wir reden hier über 700.000 mittelständische Unternehmen allein in Nordrhein-Westfalen. 52 % der sozialversicherungspflichtigen Jobs sind im Mittelstand. 82 % aller Auszubildenden werden im Mittelstand ausgebildet. Das sind eigentlich die wichtigen Zahlen, wenn wir einen solchen Bericht von der Clearingstelle und dem Mittelstandsbeirat bekommen. Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, wo die Stärke unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft steckt und wo wir diese Wirtschaft und diesen Mittelstand nicht mit weiteren Regulierungen und Gesetzen belasten sollten.

Wir sind als CDU-Fraktion sehr dankbar, dass wir mit dem vierten Entfesselungspaket in eine Richtung gehen, die den Mittelstand ertüchtigt und es ihm ermöglicht, sich nicht nur an Gesetzesvorhaben oder beispielsweise, wie wir es auf europäischer Ebene hatten – – Die DSGVO war mit Sicherheit auch ein Regulierungsthema, das sehr viele Unternehmen sehr belastet hat. Wir beabsichtigen mit diesen Entfesselungspaketen, dass sich die Mittelständler auf das konzentrieren können, was sie zu tun haben, nämlich sich um ihre Kunden, ihre Produkte und Dienstleistungen, um ihre Mitarbeiter und vor allem um Innovationen, Erfindungen und Digitalisierung zu kümmern. Deswegen ist dieser Beirat sehr wichtig. Er berät vertikal und horizontal sieben verschiedene Ministerien. Es ist für unsere Arbeit extrem wichtig, den Fokus auf die Interessen des Mittelstandes und der dort Beschäftigten zu lenken. Wir werden gerade in großen Konzernen, die wir in Deutschland und Nordrhein-Westfalen haben, Personalanpassungen zu sehen. Deswegen ist die Stütze durch kleine und mittlere Unternehmen, die wir im ganzen Land haben, so ungemein wichtig. Diese Familienunternehmen arbeiten eben nicht nach Quartalsberichten, sondern mit einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, die die Beschäftigung langfristig sichert. Wir sind zum Glück noch längst nicht in einer Dienstleistungsgesellschaft. Wir haben Hunderttausende von Industrie-arbeitsplätzen.

Auch bei der Klimaschutzbetrachtung müssen wir immer wieder den Ausgleich finden, die verschiedenen Interessen sehen und uns fragen, wie wir Beschäftigung in diesem Land halten; denn Beschäftigung bedeutet auch immer Steuereinnahmen und volle Sozialkassen. Sozialversicherungspflichtige Jobs sind besonders wichtig. Die werden in erster Linie vom Mittelstand getragen. Dafür auch noch mal großen Dank.

Ich möchte zum Kollegen Brockes ergänzen, dass wir das Initiativrecht noch mal betrachten. Wie können wir an bestehende Regelungen gehen? Wir müssen noch ein weiteres Thema behandeln. Das ist das Planungsrecht. Dazu kann der Mittelstandsbeirat vielleicht noch etwas sagen.

Wir haben in diesem Land ein enormes Problem mit der Akzeptanz von Infrastrukturvorhaben. Wenn wir an der Stelle schneller werden wollen, müssen wir Planung und Genehmigung beschleunigen. Wir müssen überlegen, wie der Mittelstandsbeirat Hilfestellung geben kann, wie wir an Verfahren kommen können, durch die wir schneller planen, genehmigen und damit auch bauen und Erfolge für die Bürger erzielen können, sodass sie nicht auf jedes Vorhaben 20 Jahre warten müssen.

Noch mal einen herzlichen Dank von der CDU-Fraktion. Ich freue mich auf Ihre Einschätzungen.

Arndt Kirchhoff (Mittelstandsbeirat): Herr Brockes, bei Ihnen ging es um bestehende Gesetze. Wir wollen das nicht mit Absicht durchforsten. Man erlebt bei der Arbeit das eine oder andere, bei dem man sich fragt, ob das noch zeitgemäß ist. In diesem Sinne verstehe ich es so, dass wir dann aufzeigen: Das können wir besser machen und verschlanken. – Sie entscheiden dann, ob Sie eine Änderung anstreben oder nicht.

Im Moment sehen wir nicht darauf, weil es nicht unser Auftrag ist, darauf zu sehen. Wir könnten natürlich dorthin sehen, weil wir uns ohnehin mit den Werken beschäftigen. Aber dazu kann der Minister noch mehr sagen, glaube ich.

Frau Brems, die Clearingstelle ist nur für den Mittelstand zuständig. Es gibt natürlich noch viele andere Dinge, die Sie bewegen oder bewegen wollen, zu denen die Verbände, die Sozialpartner, die Gewerkschaften, der Landkreistag und die Kommunalpolitik etwas sagen wollen. Die Clearingstelle für den Mittelstand wäre überfordert, wenn sie das auch noch behandeln sollte. Ich bin dankbar, dass Sie in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen haben, dass der Mittelstand ein tragendes Fundament für Nordrhein-Westfalen ist.

Wir schauen nur, ob das für den Mittelstand verträglich ist oder dazu führt, dass wir dann abends auf der Straße oder auf dem Marktplatz wieder hören: Ich muss so viel Papierkram und dies und jenes machen, das mich von der Arbeit abhält. Ich sollte mich besser um meine Kunden kümmern. – Das ist unsere Aufgabe. Insofern müssen wir das zumindest nach meiner Auffassung trennen. Wir wollen uns auch nicht überfordern. Das Stichwort lautet mittelstandsrelevant.

Herr Sundermann, Sie sprachen das Initiativrecht an. Wie organisieren wir das? Ich würde es auf den Mittelstand begrenzen. Dann ist die Frage, inwieweit Sie uns gestatten, auf etwas hinzuweisen. Weiter würde ich da gar nicht gehen; denn wir haben sonst kein Mandat.

Gut finde ich Anregungen, die auch in unserer Argumentation kommen, wie die One-in-one-out-Regel oder die Frage, wie wir verschlanken können. Das kann die Clearingstelle leisten.

Herr Kehrl, danke für den Hinweis auf diese Stärke. Ich glaube, es ist ganz wichtig, wie mittelstandsfreundlich Nordrhein-Westfalen wird. Da sind alle Parteien gefragt. Richtig ist, wir sind das Land mit dem größten Mittelstand. Es gibt andere Bundesländer, die diesen Mittelstand nicht haben, ihn sich aber wünschen. Wenn wir sagen, unser Ziel ist es, ihn zu pflegen und zu fördern, dann könnte man darüber nachdenken, ob man das nicht auch als Marke nach vorne hebt – „Das Mittelstandsland“ –, um anzuwerben. Ich denke jetzt an die vielen Restrukturierungsvorhaben. Wir haben Vorhaben im Rheinischen Revier wegen des Kohleausstiegs, wir haben die Ruhrkonferenz und alle möglichen Ecken, an denen wir gleichzeitig etwas machen wollen. Wenn wir sagen können, wir sind sehr mittelstandsfreundlich, bewegt das andere, nach Nordrhein-Westfalen zu kommen und uns hier zu helfen. Das wäre ein Ziel.

Genauso ist Konsens in der Frage gefragt, ob wir Beschleunigungsgesetze schaffen oder nicht. Ich höre, es sind ein paar geplant, damit wir beim Aufbau der Infrastruktur zum Beispiel im Rheinischen Revier schneller werden. Wenn wir immer zehn Jahre

dafür brauchen, werden wir unser Gesamtziel nicht erreichen. Wir müssen schon einen gesellschaftlichen Konsens darüber haben, dass wir irgendwo eine Leitung ziehen und eine Schiene legen müssen. Aber das ist nicht Aufgabe der Clearingstelle. Ich kann nur aus Mittelstandssicht sagen, je mittelstandsfreundlicher wir sind und je genehmigungsfreundlicher wir werden – das heißt auch, Genehmigungen dauern nicht so lange –, desto attraktiver sind wir. Das wäre ein Ziel für alle. Dabei geht es nicht um Regierung gegen Opposition, sondern man sollte im Interesse unseres Landes versuchen, einen Konsens zu finden. – Danke.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE): Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was Herr Kirchhoff gesagt hat. Wir haben es hier wiederholt diskutiert. Ich glaube, dass der Standort Nordrhein-Westfalen für den Mittelstand sehr viel zu bieten hat, sich der Mittelstand aber wie alle anderen Bereiche durch die Verkürzung der Innovationszyklen – das ist nun mal auch Ausfluss der neueren Entwicklung – immer stärker veranlasst sieht, sich selbst anpassen zu können, seine Strukturen verändern zu können. Das wird ihm sicherlich am besten gelingen, wenn die Rahmenbedingungen möglichst flexibel angepasst werden können. Wir sehen das beim – digitalen – Infrastrukturausbau. Gestern konnten wir mit den Mobilfunkbetreibern noch mal diskutieren. Wenn es um den Bau von Funkmasten geht und ich eine flächendeckende Versorgung haben will, macht es eben einen Unterschied für den Standort, ob ich das in wenigen Wochen erledigen kann, wie es einige Kommunen in Nordrhein-Westfalen leisten können, oder ob es mehrere Jahre dauert.

Wir müssen schauen, wo Gesetze, Verordnungen und Regelungen sind, die es uns erlauben, qualitativ schnell und wirksamer werden zu können, ohne qualitative Standards zu ändern. Da ist jeder fundierte Hinweis von zentraler Bedeutung. Wir haben jedenfalls im Rahmen der bisherigen Arbeit zu den Entfesselungspaketen gesehen, dass wir sehr viel durch die Praxis gelernt haben. Deswegen habe ich gesagt, wir würden uns wünschen, dass man die Clearingstelle nicht im Sinne der Verzögerung des Verfahrens nutzt, sondern so früh wie möglich versucht, sie in das Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen, als eine Art Reallabor zu testen und mit der Wirtschaft rückkoppelt: Wie würde sich das auswirken? Findet man nicht vielleicht einfachere Wege?

Es wäre ganz interessant, das von vornherein mit Wirkungen auf die Praxis zu überlegen und dann zu versuchen, proaktiv darauf hinzuwirken, dass wir in den Prozessen möglichst schlank und schnell wirksam sein können. Dann schickt man die Vorlage natürlich an die Verbände. Frau Brems, es ist völlig klar, durch die Verbändeanhörung haben wir noch eine viel pluralere Sicht auf die Dinge. Das müssen und wollen wir machen. Den Mittelstand von vornherein stärker mit einzubinden, wo er besonders berührt ist, würde ich als sehr lohnend ansehen, weil wir uns dadurch im Gesamtverfahren möglicherweise manche Schleife ersparen können, die wir in der Vergangenheit gehen mussten. Insofern könnten wir das in dieser Weise machen. Das müssen wir gut überlegen und gut vorbereiten, aber ich könnte mir vorstellen, dass uns das helfen könnte.

Es kam eine Nachfrage zur Evaluation. Wir haben uns das so vorgenommen, dass wir die Evaluation mit dem Gesetzentwurf an den Ausschuss geben. Wir sind recht zeitnah

dabei. Wenn das vorab gewünscht ist, können wir das gern vorab machen. Das ist nicht das Problem. Der Bericht liegt vor. Das ist ein externer Bericht. Wenn das gewünscht ist, kann ich dem Ausschuss diesen gern vorab zur Verfügung stellen. Es geht um die Evaluation der Clearingstelle. Wir wollen zeitnah mit unserem Entwurf kommen. Dann ist das für Sie auch eine bessere Möglichkeit, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Henning Rehbaum (CDU): Herr Kirchhoff und Frau Jahn, noch mal herzlichen Dank für Ihre Arbeit. Frau Jahn, wir hatten uns seinerzeit direkt nach Regierungsübernahme getroffen und über Ihre Arbeit gesprochen. Ich freue mich unheimlich, dass das so gut klappt und Sie überall vernünftig eingebunden werden. Das war in der Frühphase der Clearingstelle noch nicht der Fall. Das ist seit 2017 die absolute Regel geworden. Das ist wirklich gut.

Herr Kirchhoff, Sie hatten noch mal dargestellt, dass der Mittelstand ungefähr 99,9 % der Unternehmen ausmacht, wenn man die strukturellen Voraussetzungen so setzt. Es ist also ein übergroßer Teil. Das gilt auch für die Beschäftigten. Sie vertreten damit den allergrößten Teil der Beschäftigten in unserem Land und keine Randgruppe. Das ist wichtig zu wissen. Hier geht es nicht darum, eine kleine Kaste einzubinden, sondern die Mitte der Gesellschaft. Das ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine soziale Frage. Sie vertreten ja vielfach gleich die Interessen der Regionen mit, in denen die Unternehmen angesiedelt sind. Das sind in aller Regel die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen. Von daher ist es umso wichtiger, dass sie richtig und gut eingebunden werden. Das gelingt mit der Clearingstelle auch.

Bei den großen Themen, die anstehen, müssen wir ebenfalls darauf achten, dass das so gut gelingt, wie es bisher der Fall war. Stichwort Energiewende und Verkehrswende. Das sind wirklich keine Randthemen. Da müssen wir richtig gut arbeiten. Nur, wenn wir den Mittelstand und die Beschäftigten hier eins zu eins mitnehmen und an unserer Seite haben, wird die Energiewende ein Erfolg. Dafür wollen wir gemeinsam kämpfen. – Vielen Dank.

Arndt Kirchhoff (Mittelstandsbeirat): Ich möchte noch etwas zu Herrn Rehbaum sagen. Es ist richtig, der Mittelstand ist, was die Industrie angeht, im Wesentlichen im ländlichen Raum. Früher war es auch großstadtnah. Dann musste man wegziehen, weil es Krach, Gerüche und so etwas gibt. Das ist eine logische Erklärung.

Denken wir aber an die digitale Transformation und an das, was alles neu kommt – neue Mobilität, neue Energie –, dann werden wir ganz viele neue Mittelständler haben, die wir heute zum Teil noch Start-ups nennen. Das werden irgendwann Grown-ups. Das spielt sich mehr im Dienstleistungssektor und mehr im Steuerungssektor ab. Da laufen keine Maschinen, die hämmern. Ich glaube, dass die ihre Heimat auch in Städten haben. Die machen ja keinen Krach und keine Emissionen. Das betrifft neue Formen von Leben, Wohnen, Arbeiten. Ich glaube, das ist ein wichtiger Aspekt. Den sollten wir berücksichtigen. Auch dafür müssen wir attraktiv sein und nicht nur für die Industrie im ländlichen Raum. Es ist wichtig, dass sie auch eine Infrastruktur bekommt. Darüber diskutieren wir ständig, egal wobei, auch bei der Telefonleitung. Wir müssen

Nordrhein-Westfalen schon als Gesamtes sehen: die Stärke der Ballungszentren, aber eben auch die Stärke der Regionen. – Ich glaube, dass sich im Rahmen der digitalen Transformation viel verändern wird. Das ist auch eine Frage des Nutzens. Wir sollten in alle Richtungen sehen. Das wäre für den Mittelstand wichtig.

Wibke Brems (GRÜNE): Ich meine, ich habe eben keine Antwort auf meine Frage bekommen, wo es vielleicht Divergenzen zwischen Landesregierung und Clearingstelle bei EU- und Bundesvorhaben gab.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE): In dem Bericht wird dargelegt, in welchen Fällen es eine Bundes- und EU-Bezogenheit gegeben hat und welche Anregungen wir dazu bekommen haben. Ich habe keinen Widerspruch in den Anregungen gesehen, indem wir diese Anregungen nicht aufgegriffen hätten. Jedenfalls kann ich Ihnen jetzt keine mitteilen.

Dazu, inwieweit die Einzelpunkte erfolgreich waren, kann ich Ihnen jetzt auch keine Übersicht geben, muss ich ehrlich gestehen. Das sagt der Bericht im Detail nicht. Aber er gibt Anregungen. Ich meine, wir hätten die Anregungen auch aufgegriffen, weil sie in den Fällen, in denen ich sie gesehen habe, als sinnvoll angesehen wurden. Ganz im Gegenteil. Für uns ist das eine wichtige Rückkopplung aus der Wirtschaft, wenn Regelungen in der EU diskutiert werden. Wir versuchen, mit dem Radar unserer Beamtinnen und Beamten, die sich darum kümmern, schon vieles auf dem Bildschirm zu haben. Aber wir sehen nicht alles und können auch nicht immer genau abschätzen: Ab wann ist etwas eine Überforderung und bis wann nicht?

Eine Rückkopplung mit der Clearingstelle ist uns sehr wichtig, weil wir dadurch die unmittelbare Rückkopplung mit der Wirtschaft haben. Diese ergab in der Vergangenheit sehr konkrete Hinweise. Die haben wir natürlich gerne aufgegriffen.

Spannend wird sein, inwieweit wir an der einen oder anderen Stelle wirksam sein konnten. Wir können versuchen, dies in Einzelfällen noch mal nachzuzeichnen. Das kann ich jetzt im Moment nicht machen, aber vielleicht können wir es an ein, zwei Beispielen festmachen und Ihnen dann noch mal berichten, wo Anregungen Eingang in die Verbesserung der Richtlinien gefunden haben. Das wird dann nachgeliefert.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Damit beende ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1 und danke Ihnen noch mal für Ihr Hiersein, Frau Jahn und Herr Kirchhoff. Bis zum nächsten Mal und alles Gute für die weitere Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)